



20.01.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die erste Sitzungswoche im neuen Jahr und gleich gab es Besuch aus dem Wahlkreis: die erste BPA-Fahrt für dieses Jahr war in dieser Woche in Berlin. Hinzu kommen zwei Praktikanten: Finn und Nils unterstützen für zwei Wochen mein Wahlkreisbüro und konnten ebenfalls mit nach Berlin fahren. Vielen Dank für Eure Unterstützung! Schön, dass alle eine spannende Fahrt mit Blick hinter die Kulissen in Berlin genießen konnten!

Seit gestern hat Deutschland einen neuen Verteidigungsminister: Boris Pistorius wurde von

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas vereidigt und hat damit die Nachfolge von Christine Lambrecht angetreten. Mit Boris Pistorius tritt ein absoluter Experte das Amt an, der die Bundeswehr als Wehrdienstleistender und aus seiner Verantwortung als Innenminister in Niedersachsen gut kennt. Er hat sich als Anpacker und Problemlöser einen



Namen gemacht. Ich danke Christine Lambrecht für ihre Arbeit in herausfordernden Zeiten und wünsche Boris Pistorius alles Gute für seine Arbeit.

In dieser Woche hat die Bundesregierung die Fachkräftestrategie vorgestellt: Durch den demografischen Wandel und die Digitalisierung verändert sich unsere Arbeitswelt und damit auch der Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir merken es aktuell überall: Handwerkerinnen und Handwerker sind schwierig und nur mit langem Vorlauf zu bekommen, Erzieherinnen und Erzieher fehlen und besonders wer seine Angehörigen

pflegen muss und Unterstützung braucht steht oft vor großen Herausforderungen. Wir wollen deshalb alles dafür tun, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Jedes Jahr fehlen über 350.000 Arbeitskräfte, die unseren Wohlstand sichern.

Dabei wollen wir die Potentiale im In- und Ausland nutzen: Mit dem Bürgergeld setzen wir auf Qualifizierung und Weiterbildung, um vor allem Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind, wieder nachhaltig in Arbeit zu bringen. Durch eine Ausbildungsplatzgarantie wollen wir die berufliche Ausbildung attraktiver machen und mehr junge Menschen für eine gute Berufsausbildung begeistern. Wir wollen die Potentiale von Menschen mit Behinderung besser nutzen und wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter stärken, zum Beispiel mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Schulen, damit die Erwerbsbeteiligung von Frauen gesteigert werden kann - das größte Potential, das wir nicht nutzen.

Das alleine wird aber nicht ausreichen, um die Fachkräftelücke zu schließen. Deshalb sind wir auch auf die Zuwanderung von hochqualifizierten Fachkräften aus dem Ausland angewiesen. Dafür brauchen wir ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das unser Einwanderungsrecht auf die Höhe der Zeit bringt. Dies fußt auf drei zentralen Säulen:

1. Fachkräftesäule

Fachkräfte mit anerkanntem Abschluss werden zukünftig jede qualifizierte Beschäftigung in nicht reglementierten Berufen ausüben, unabhängig von ihrem Abschluss. Hinzu kommt, dass wir die Bedingungen für die Blaue Karte der EU und die Aufenthaltserlaubnis in Deutschland absenken und es so erleichtern nach Deutschland kommen zu können.

2. Erfahrungssäule

Menschen, deren Abschluss formal nicht anerkannt wird, die aber über eine nachgewiesene zweijährige Berufserfahrung verfügen sowie einen entsprechenden Verdienst nachweisen können, können zukünftig schneller einen Arbeitsvertrag aufnehmen.

3. Potentialsäule

Wir führen eine Chancenkarte ein, die dazu berechtigt zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Dafür wird ein transparentes und unbürokratisches Punktesystem basierend auf unter anderem Qualifizierung und Sprachkenntnissen.

Ohne eine echte Willkommenskultur wird ein Gesetz allein nicht reichen. Menschen im Ausland beobachten Deutschland sehr genau. Die meisten Fachkräfte, die sich entscheiden ihr Land zu verlassen, wollen in ein Land, wo Englisch, Französisch oder Spanisch gesprochen wird. Sie wollen in ein Land auswandern, indem sie eine echte Perspektive auf gleiche Rechte und Pflichten und Chancen für ihre Familien haben. Wollen wir unseren Wohlstand sichern, dann müssen wir uns öffnen und Menschen anhand ihres Charakters und ihrer Leistung und nicht anhand ihres Vornamens beurteilen.

Die Gemeinschaft der Êzîden ist seit Jahrhunderten ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Der traurige Höhepunkt war im Jahr 2014. Die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) überrannte das Hauptsiedlungsgebiet der Êzîden im Nordirak. Das Ziel dieses Überfalls war die völlige Auslöschung der Êzîden. Tausende unschuldige Männer wurden ermordet, Frauen vergewaltigt und versklavt, ältere Männer und Frauen getötet, Kinder verschleppt und als Kindersoldaten rekrutiert. 5000 Menschen wurden ermordet, 7000 entführt und versklavt, 300000 Menschen wurden vertrieben und fast 3000 Personen bleiben bis heute vermisst.

Im Deutschen Bundestag haben wir gestern historische Gerechtigkeit geschaffen. Gemeinsam mit allen demokratischen Parteien haben wir die Verbrechen an den Êzîden offiziell als Völkermord eingestuft. Wir schaffen einen Grundstein dafür, dass Deutschland êzîdisches Leben konsequent schützt. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die IS-Mörder mit ihren Verbrechen nicht davon kommen werden.

Weltweit gehen Schätzungen davon aus, dass über 60 Millionen Menschen von Long-Covid betroffen sind. Dies umfasst Symptome, die mehr als vier Wochen nach einer Covid-Infektion fortbestehen. Betroffene leiden unter schneller und lang anhaltender Erschöpfung. Sie erwarten zu Recht von uns schnelle Hilfe durch Forschung und Behandlung und wir nehmen das Thema sehr ernst. Gestern habe ich mich deshalb vor dem Reichstag mit Betroffenen von ME/CFS getroffen. Diese Krankheit tritt häufig in Zusammenhang mit Long-Covid auf. Alleine in



Deutschland sind rund 250.000 Menschen von ME/CFS betroffen. Leider sind diese Symptome und Krankheitsbilder aber noch nicht ausreichend erforscht. Karl Lauterbach hat das Thema bereits zur Chefsache gemacht und extra einen Arbeitsstab Long-Covid im Leitungsstab des Ministeriums eingerichtet. Außerdem haben wir per Gesetz geregelt, dass bis zum Jahresende Richtlinien für eine strukturierte Versorgung der Betroffenen vorliegen müssen. Und auch das Forschungsministerium ist aufgefordert, seinen Beitrag zu leisten.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt